



NIEDERSACHSEN VORWÄRTS

SEPTEMBER/OKTOBER 2018 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

erinnert Ihr Euch noch? Vor etwas mehr als einem Jahr hatten wir Landtagswahlen in Niedersachsen. Am Ende stand ein großer Vertrauensbeweis und ein großer Wahlerfolg für die niedersächsische SPD.

Daran sollten wir uns heute erinnern, wenn der SPD im Bund und bei der Landtagswahl in Bayern der Wind ins Gesicht bläst. Es liegt an uns selbst, ob die SPD Erfolg hat oder nicht. Für eine bürgernahe Politik, für den Zusammenhalt in der Gesellschaft und für eine klare Haltung gegen Rechts gibt es viel Unterstützung – in Niedersachsen und überall. Da bin ich mir sehr sicher.

Herzliche Grüße
Euer

Stephan Weil
Landesvorsitzender

FÜNF FAKTEN ZUM NEUEN POLIZEIGESETZ

Die Reform des niedersächsischen Polizeigesetzes wird derzeit heiß diskutiert – zwischen SPD und CDU im Landtag, aber auch innerhalb der SPD. Inzwischen haben sich einige Mythen in die Diskussion eingeschlichen. Wir schaffen Klarheit.

1. Nach über zehn Jahren muss das Polizeigesetz modernisiert werden. Das aktuelle Gesetz stammt aus dem Jahr 2007. In diesem Jahr kam gerade das erste iPhone auf den Markt. Seitdem hat sich unsere Kommunikation grundlegend verändert. Damit Polizei und Justiz ihre Aufgaben heute weiterhin sachgerecht wahrnehmen können, muss das Gesetz angepasst werden.

» Die digitale Welt darf kein rechtsfreier Raum sein.«

Boris Pistorius

2. Bei akuter Terrorgefahr kann die Polizei Telefongespräche abhören – einen WhatsApp-Chat nicht. Wenn es Anhaltspunkte gibt, dass jemand zum Beispiel einen Anschlag vorbereitet, kann die Polizei dessen Telefongespräche abhören – vorausgesetzt, ein Gericht ordnet dies an. Kommunizieren Terroristen allerdings über verschlüsselte Programme wie WhatsApp, hat die Polizei nach aktueller Rechtslage keinen Zugriff. Um das zu ändern, soll künftig die sogenannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung (abgekürzt Quellen-TKÜ) möglich sein. Allerdings sind die Hürden dafür hoch: Sie darf nur dann eingesetzt werden, wenn ein Gericht dies anordnet und die geplante Straftat eine Gefahr für Leib, Leben und Freiheit einer oder mehrerer Personen darstellen würde oder ein Angriff auf eine kritische Infrastruktur droht.



Boris Pistorius im niedersächsischen Landtag.

Foto: SPD Landesverband Niedersachsen

» Es geht um konkrete Gefahren im konkreten Einzelfall.«

Boris Pistorius

3. Der sogenannte Unterbindungsgewahrsam steht gleich unter dreifachem Richtervorbehalt. Um einen konkret geplanten Terroranschlag zu verhindern, kann ein Gefährder künftig maximal bis zu 74 Tage in Polizeigewahrsam genommen werden. Das muss aber zu Anfang, nach 30 Tagen und nochmal nach 60 Tagen von einer Richterin oder einem Richter geprüft und angeordnet werden.

» Die Behauptung, jeder könne jetzt ohne irgendein weiteres Verdachtsmoment in Haft genommen werden, ist absurd.«

Boris Pistorius

4. Ein Polizeigesetz nach bayrischem Vorbild ist mit der SPD nicht zu machen. In den Verhandlungen mit der CDU wur-

den deswegen klare Grenzen gesetzt. Forderungen der CDU, die Bundeswehr zum Kampf gegen den Terrorismus im Inland einzusetzen, den Einsatz von Gummigeschossen durch die Polizei zu erlauben, Personenkontrollen ohne jeden Verdacht oder ohne Zusammenhang mit einem bestimmten Ereignis zu ermöglichen und die Präventivhaft auf bis zu 18 Monaten zu verlängern, wurden abgelehnt. Der wichtigste Unterschied zum CSU-Gesetz in Bayern ist aber, dass in Niedersachsen präventive Maßnahmen auch zukünftig nur dann zulässig sind, wenn die Polizei von einer terroristischen Bedrohung wie einem Anschlag ausgehen muss. In Bayern dagegen wurden solche Maßnahmen auch bei anderen geplanten Straftaten eingeführt.

» Ich, mehr als offenbar andere, habe großes Vertrauen in die Polizei und auch in die Richterinnen und Richter.«

Boris Pistorius

5. In Niedersachsen wird der »Taser«, ein Elektroimpulsgerät für den Einsatz gegen Angreifer aus kurzer Distanz, ausschließlich vom Spezialeinsatzkommando (SEK) eingesetzt werden. Die allgemeine Ausstattung der Polizei um den »Taser« zu ergänzen, lehnt die SPD ab. ■

NPOG: EIN STREITGESPRÄCH

Die Jusos gehören zu den lautesten Kritikern des neuen Polizeigesetzes. Der Landesverband hat die beiden Landesvorsitzenden Amy Selbig und Jakob Blankenburg zu einem Streitgespräch mit Innenminister Boris Pistorius eingeladen. Das Ergebnis ist auf der Website des Landesverbandes zu sehen: www.spdnds.de/npog-ein-streitgesprach ■



Tiemo Wölken im Europäischen Parlament

Foto: © EP 2018

UMWELTSCHUTZ ALS EUROPÄISCHE AUFGABE

Etwa viermal so groß wie Deutschland ist der Plastikstrudel im Pazifik zwischen Nordamerika und Ostasien. Auch in der Europäischen Union sind Strände voller Plastikmüll traurige Normalität. Die SPD unterstützt deswegen das Ziel, alle Kunststoffverpackungen bis 2030 wiederverwertbar zu machen und verschiedene Einwegplastik-Produkte zu verbieten. »Trinkhalme, Besteck, Teller oder beispielsweise dünne Tüten können auch aus umweltfreundlichen Rohstoffen hergestellt werden. Da braucht es kein Plastik.«, macht der Europaabgeordnete Tiemo Wölken deutlich.

Im Juni 2018 hat der Europäische Gerichtshof Deutschland verurteilt, weil die Bundesrepublik zu wenig gegen die hohe Nitratbelastung im Grundwasser getan hat. Damit dieses Grundwasser weiter gefahrenlos getrunken werden kann, muss es mit großem Aufwand aufbereitet werden. Die hohen Aufbereitungskosten tragen die Verbraucherinnen und Verbraucher. Mit der Novelle der Trinkwasserrichtlinie hat sich die SPD daher für den



Foto: Calaurbox

Wasserschutz eingesetzt. »Das Recht auf sauberes Trinkwasser für alle Menschen Europas konnte gegen die konservative Mehrheit nicht durchgesetzt werden, doch bringt die neue Richtlinie Verbesserungen in der Wasserqualität und fördert den Zugang zu Trinkwasser in der Europäischen Union.«, ist sich Wölken sicher.

Der Abgeordnete hat sich noch eines weiteren Problems angenommen: Verschmutzungen mit Paraffin an der nie-

dersächsischen Nordseeküste stellen eine große Belastung für Mensch und Umwelt dar. »Künftig müssen mit Paraffin beladene Schiffstanks in den Häfen besser ausgewaschen werden.«, erklärt Wölken. Die Sozialdemokraten setzen sich außerdem dafür ein, die Regeln für die Abgabe von Schiffsmüll im Rahmen der Richtlinie für Hafenauffangeinrichtungen so zu gestalten, dass möglichst wenig Müll in den Meeren landet. ■

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT: LANDESVERBAND WILL FRAUEN STÄRKEN



Maria Juchacz, Frauenrechtlerin und Mitglied des Reichstags

Foto: Historisches Museum Frankfurt/M.

Am 19. Januar 2019 jährt sich die erste Wahl in Deutschland zum 100. Mal, bei der Frauen ein aktives und passives Wahlrecht hatten. 100 Tage vor diesem Jahrestag startete der Landesverband der SPD Niedersachsen ein umfangreiches parteiinternes Programm zur Stärkung von Frauen.

In den vergangenen Wochen und Monaten hat der Landesvorstand die internen frauenpolitischen Schwachstellen aufgearbeitet und festgestellt, dass die Partei

gerade mit dem Anteil der weiblichen Ratsmitglieder in kleineren Gemeinden, der Landrätinnen und Bürgermeisterinnen nicht zufrieden sein kann. »Dass Frauen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik endlich mehr Verantwortung haben, ist eine Hauptforderung der SPD. In Niedersachsen wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen«, betont Stephan Weil, SPD-Landesvorsitzender und Ministerpräsident: »Gabriele Andretta ist die erste Landtagspräsidentin in der Geschichte Niedersachsens. Hanne Modder ist als Vorsitzende der größten Landtagsfraktion an einer entscheidenden Stelle der Landespolitik. Birgit Honé und Carola Reimann leiten zwei zentrale Landesministerien. Innerhalb der SPD, insbesondere auf kommunaler Ebene, ist der Anteil von Frauen unter den Amts- und Mandatsträgern noch deutlich zu gering.«

Die stellvertretende Landesvorsitzende Petra Tiemann hat die Steuerung des Programmes übernommen. »Mit unserem Programm wollen wir Frauen nicht nur theoretisch, sondern praxis- und alltagsnah dabei unterstützen, in Arbeitsgemeinschaften, öffentlichen oder parteiinternen Ämtern Politik aktiv zu gestalten«,

erklärt sie. Konkret besteht das Programm aus drei Säulen: Als erstes hat im Oktober der 100-Tage-Countdown begonnen: Zur Unterstützung der Außenwirkung und Öffentlichkeitsarbeit zur Frauenpolitik wird auf der Internetseite der SPD Niedersachsen bis zum 100. Jahrestag des Frauenwahlrechts täglich eine von insgesamt einhundert in der SPD Niedersachsen engagierten Frauen vorgestellt. Außerdem wird ein Mentoring-Programm ins Leben gerufen: Über einen Zeitraum von zwei Jahren werden fünfzig politikerfahrene Mentorinnen fünfzig Mentees unterstützen, also Frauen, die bisher kein Amt innehatten oder sich verstärkt politisch engagieren wollen. Am 8. März 2019, dem internationalen Frauentag, wird die SPD Niedersachsen zu einem Frauenkongress einladen, um politisch und gesellschaftlich engagierte Frauen miteinander zu vernetzen und einen gemeinsamen Dialog zu eröffnen.

Erarbeitet wurde das Konzept durch Mitglieder der vier Bezirksvorstände der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), Mitglieder des Frauennetzwerkes und Mitglieder des Landesvorstandes der SPD Niedersachsen. ■

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
 V.i.S.d.P.: Remmer Hein
 Redaktion: Remmer Hein,
 Axel Rienhoff
 Anschrift: Odeonstraße 15/16,
 30159 Hannover
 E-Mail: vorwaerts@spdnds.de
 Layout & Satz: Anette Gilke,
 mail@AnetteGilke.de

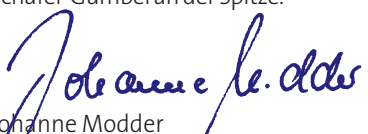
EDITORIAL



LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER, die letzten Wochen und Monate waren nicht einfach für die Sozialdemokratie. Angetrieben von der Angst, die absolute Mehrheit in Bayern zu verlieren, betrieb die CSU und allen voran ihr Vorsitzender Horst Seehofer eine regelrechte Destabilisierungskampagne gegen die Große Koalition in Berlin. Der völlig sinnlose Streit innerhalb der Union über die Flüchtlingspolitik und die Causa Maaßen haben viele Bürgerinnen und Bürger frustriert und die Politikverdrossenheit weiter gefördert. Das Wahlergebnis in Bayern spricht hier eine deutliche Sprache.

In Niedersachsen haben wir vor einem Jahr bewiesen, dass die SPD auch in der heutigen Zeit eine Volkspartei ist, wenn sie glaubwürdig bleibt und den Menschen zeigt, dass sie ihre wirklichen Probleme ernstnimmt und Lösungen anbietet. Auf Dauer werden wir uns allerdings nicht vom Bundestrend abkoppeln können. Deshalb muss die Koalition in Berlin nun endlich zu einer konstruktiven Sacharbeit zurückkehren und den Eindruck der Dauerkrise mit guter Politik für die Menschen im Land widerlegen. Unsere Ministerinnen und Minister im Bund leisten gute Arbeit – das Gute-Kita-Gesetz von Franziska Giffey oder die Rentengarantie unseres Arbeitsministers Hubertus Heil sind dafür nur zwei Beispiele. Es liegt nun vor allem an der Union und ihrer Kanzlerin, ihre Kooperationsfähigkeit zu beweisen.

Zunächst muss es für uns jedoch darum gehen, die Genossinnen und Genossen in Hessen bestmöglich zu unterstützen, um dort nach 19 Jahren CDU-Regierung endlich für einen echten Politikwechsel zu sorgen – mit einem Ministerpräsidenten Thorsten Schäfer-Gümbel an der Spitze.


Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion

UNERMÜDLICHER EINSATZ GEGEN DEN MOORBRAND

SPD-FRAKTION BEDANKT SICH bei Feuerwehr und THW

Von Oliver Grimm

Am 3. September brach auf der Wehrtechnischen Dienststelle für Waffen und Munition in Meppen durch eine Raketenerprobung ein Schmelzbrand im Moor aus. In der Folge dehnte sich das Feuer auf einer Fläche mit einer Größe von mehr als 1.000 Fußballfeldern aus. Die Bundeswehr verzichtete zunächst tagelang darauf, das Niedersächsische Innenministerium über den Brand zu informieren und forderte stattdessen lediglich lokale Kräfte der Feuerwehr und das Technische Hilfswerk an.

Der feuerwehrpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Rüdiger Kauruff, kritisiert das Vorgehen der Bundeswehr deutlich: »Es ist absolut nicht nachvollziehbar, dass die Bundeswehr nach Wochen und Monaten der Dürre im ausgetrockneten und leicht entflammaren Moor eine solche Übung

durchführt. Noch schlimmer ist das anschließende Kommunikationsdesaster der Bundeswehrverantwortlichen zu bewerten: Statt sofort nach Ausbruch das Land Niedersachsen zu informieren und einen gemeinsamen Krisenstab einzurichten, setzte sie offenbar darauf, dass niemand den Brand bemerken würde.«

Auch Ministerpräsident Stephan Weil, der Meppen am 23. September besuchte, um sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen, kritisierte die Bundeswehr deutlich: »Ich wäre gar nicht auf die Idee gekommen, nach diesem trockenen Sommer ausgerechnet im Moor Schießübungen zu veranstalten.«

Am 10. Oktober erklärte die Bundeswehr den Moorbrand schließlich für gelöscht. Zwischenzeitlich waren fast 2.000 Kräfte von Feuerwehr, THW und Bundeswehr im Einsatz, um den Brand zu bekämpfen und die Bevölkerung zu schützen. »Im Namen



Rüdiger Kauruff Mdl,
feuerwehrpolitischer Sprecher der
SPD-Landtagsfraktion

der gesamten SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag bedanke ich mich für den unermüdlischen Einsatz der ehren- und hauptamtlichen Einsatzkräfte. Ohne ihr gewaltiges Engagement wären die ohnehin drastischen Folgen für die Anwohnerinnen und Anwohner und die Natur im Mooregebiet wohl noch schlimmer ausgefallen«, so Rüdiger Kauruff.

Der feuerwehrpolitische Sprecher der SPD-Fraktion fordert, dass die Kosten des Einsatzes in Gänze vom Bund übernommen werden: »Alles andere wäre den Menschen in Niedersachsen nicht zu vermitteln. Wir erwarten von der Bundeswehr außerdem eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge, die zum Brand geführt haben. Darüber hinaus muss die Bundeswehr klären, ob wirklich alles getan wurde, um Gesundheitsgefahren für die Anwohnerinnen und Anwohner auszuschließen.

Auch brauche es eine bessere Koordinierung zwischen militärischen und zivilen Feuerwehren, so Kauruff: »Wünschenswert wären in diesem Zusammenhang regelmäßige gemeinsame Löschübungen zwischen den örtlichen Freiwilligen Feuerwehren und der Feuerwehr der Bundeswehr – schließlich geht es um die Sicherheit der Menschen vor Ort.« ■





Uwe Schwarz MdL,
gesundheitspolitischer
Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

»EIN FALL WIE DIE MORDSERIE DES NIELS H. DARF SICH NIE WIEDERHOLEN«

Drei Fragen an den gesundheitspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Uwe Schwarz, zur Novelle des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes.

TiL: In der Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtags wurde von den Regierungsfractionen eine Novelle des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes beschlossen, was ist der Hintergrund?

Uwe Schwarz: Im Kern geht es bei dieser Reform darum, weitere Lehren aus der beispiellosen Mordserie des ehemaligen Krankenpflegers Niels H. an zwei niedersächsischen Krankenhäusern zu ziehen. Nach Bekanntwerden der Taten von Niels H. wurde im Niedersächsischen Landtag schon 2015 die Einsetzung eines Sonderausschusses beschlossen. Dieser sollte untersuchen, wie es zu der Mordserie kommen konnte, und vorhandene Kontrollmechanismen im Gesundheitswesen kritisch hinterfragen.

TiL: Der Fall erregte bundesweites Aufsehen und gilt als eine der schlimmsten

Mordserien in der Geschichte der Bundesrepublik – welche Lehren waren das?

Uwe Schwarz: Der Fall und dessen parlamentarische Aufarbeitung haben deutlich gemacht, dass im Sinne der PatientInnensicherheit eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden kann. Bereits in der abgelaufenen Wahlperiode haben wir beispielsweise dafür gesorgt, dass seit dem 1. Januar 2016 an allen niedersächsischen Krankenhäusern verpflichtend Patientenfürsprecher eingesetzt werden müssen, die sich um die Belange der PatientInnen vor Ort kümmern. Darüber hinaus haben wir einen Landespatientenschutzbeauftragten ernannt, der die Arbeit dieser FürsprecherInnen auf Landesebene koordiniert und gleichzeitig Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten ist.

TiL: Was ist das neue an der aktuellen Gesetzesnovelle?

Uwe Schwarz: Konkret geht es dabei unter anderem um die verpflichtende Einrichtung von Stationsapotheken an den nie-

dersächsischen Krankenhäusern, die die Ausgabe von Medikamenten überwachen und bei erhöhtem Verbrauch bestimmter Medikamente Alarm schlagen können. Mit der aktuellen Novelle des Krankenhausgesetzes werden außerdem Meldestellen eingeführt, die es Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichen, anonym Verdachtsmomente für Fehlverhalten oder gar kriminelles Handeln innerhalb des Krankenhausbetriebes an eine neutrale Stelle zu melden. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht fest: Ein Fall wie die Mordserie des Niels H. darf sich nie wiederholen. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Verantwortlich: René Kopka,
Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen

Mitarbeiter an dieser Ausgabe:

Oliver Grimm, Eva Güntzel, Jan Hartge

Redaktionsschluss: 18. Oktober 2018

Redaktion: Oliver Grimm, oliver.grimm@lt.niedersachsen.de

Anschrift: Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover,

www.spd-fraktion-niedersachsen.de

Layout & Satz: Anette Gilke, mail@AnetteGilke.de